

Flexibilisierungspakt oder Sozialismus : politische Perspektiven der Linken

Autor(en): **Eberle, Willi / Schäppi, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 43

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652465>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Flexibilisierungspakt oder Sozialismus

Politische Perspektiven der Linken

I. Vom Wachstumspakt zum Flexibilisierungspakt

Die Politik der Linksparteien und der Gewerkschaften wurde nach dem 2. Weltkrieg stark bestimmt durch das, was man Wachstumspakt, Fordismus oder Keynesianismus (Holloway 1995) nennen kann: Die Organisationen der Arbeiterbewegung treten mit dem bürgerlichen Machtkartell in einen geregelten Ordnungszusammenhang, wobei die Vorherrschaft von Kapitalinteressen in Politik, Gesellschaft und vor allem im unmittelbaren Produktionsprozess akzeptiert wurde. Dies unter der Annahme, dass dies die beste Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum schaffe, und dass ein wesentlicher Teil von dessen Früchten der grossen Mehrheit der Bevölkerung zugute komme. Historisch gesehen entstand der Fordismus, die industrielle Grundlage des Wachstumspakts, in den USA der dreissiger Jahre, als die Exponenten der „fordistischen“ Unternehmen der Automobil-, Öl-, Chemie- und Rüstungsindustrie gegenüber dem orthodox-liberalen Flügel des bürgerlichen Machtkartells, repräsentiert vorab durch das Finanzkapital, einen zentralen Einfluss gewannen. In Europa kam das fordistische Regime unter dem Eindruck der atlantischen Offensive Roosevelts nach 1941 (van der Pijl 1984), dem Sieg der Sowjetunion und der Diskreditierung der mit dem Faschismus kooperierenden reaktionären Teile des Bürgertums zum Tragen.

Dabei hatte der Wachstumspakt als fordistischer Korporatismus sowohl eine nationale wie auch eine universalistische Dimension. Einerseits spielten die Nationalstaaten bei der keynesianischen Wirtschaftspolitik, beim Ausbau des Sozialstaates und der Einbindung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in den nationalen Konsens eine zentrale Rolle. Andererseits bildeten seit der Offensive Roosevelts Atlantismus und Antikommunismus ein über den Nationalstaat hinausreichendes einigendes Band. In der Schweiz steht für die Durchsetzung des fordistischen Regimes der Abschluss des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) der Basler Chemieindustrie Anfangs 1945, dem ersten GAV in der Schweizer Industrie, in dem den Lohnabhängigen substantielle Zugeständnisse wie etwa der automatische Teuerungsausgleich gewährt werden mussten. In den folgenden Jahren konnten sich die Gewerkschaften durch die Ausbreitung und Vertiefung gesamtarbeitsvertraglicher Regelungen und die SPS durch eine Zulassung zu politischer Verantwortung noch stärker im institutionellen Gefüge verankern, wenn auch die materiellen und insbesondere qualitativen Fortschritte (Arbeitszeitverkürzung, Gleichstellung der Frauen) hinter denjenigen der Produktivität zurückblieben. Im Rahmen dieses fordistischen Regimes konnte die Herrschaft über die bezahlte und unbezahlte Arbeit insgesamt gemildert werden.

Schon in der Zeit des Fordismus selbst begannen seine tragenden Voraussetzungen zu erodieren, was sich z.B. in der Zunahme von Währungskrisen, Inflation und sozialen Konflikten äusserte. Aber erst mit dem Wirtschaftseinbruch von 1974/75 und der anhaltenden strukturellen Überakkumulationskrise der siebziger und achtziger Jahre geriet die Dynamik von Massenproduktion und Massenkonsum aus dem Takt; der Bedeutungsverlust und die Restrukturierung der fordistischen Industriebereiche, die erneute Dominanz des Finanzkapitals und die Schwächung der Gewerkschaften durch die neu entstandene Massenarbeitslosigkeit führten zur Auflösung des fordistischen Modells. Korporatistische Arrangements wurden, zuerst in den USA und Grossbritannien offensiv in Frage gestellt. Und während im Fordismus rassistische und nationalistische Ressentiments zum Zwecke der Einigung verstärkt gegen aussen auf die UdSSR und China projiziert werden konnten, verlagerten sich diese erneut stärker ins Innere der nationalen Gesellschaften: Rechtspopulistische Bewegungen gewannen überall an Boden. Da es sich aber, gerade in Europa, als schwierig erwies, das Regime der flexiblen Akkumulation frontal gegen die Gewerkschaften durchzusetzen, kam es in der Mitte der achtziger Jahre zu einem Wiederaufleben korporatistischer Strukturen. Nicht ohne Erfolg wurde versucht, die Linke in einen Flexibilisierungspakt zur Durchsetzung neoliberaler Zielsetzungen wie der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnzurückhaltung, der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, der Senkung der Sozialkosten, der Marktliberalisierungen und der Privatisierungen einzubinden.

II. Das Regime der flexiblen Akkumulation

Vor dem Hintergrund der Überakkumulationstendenzen musste ein neuer Modus der Handhabung des Klassenkonfliktes entwickelt werden, der erlaubte, die Profitabilität wiederherzustellen und die Kosten der Krise auf die schwächeren Teile der Arbeiterklasse abzuwälzen (Eberle/Schäppi 2001). Dabei werden die traditionellen chauvinistischen Spaltungen der Klasse der Lohnabhängigen entlang der Geschlechterdifferenz, der Nation und der Ethnien verstärkt aktiviert, um den Druck auf die Ausbeutung bezahlter und unbezahlter Arbeit zu erhöhen. So wurden etwa in der Schweiz die Kosten der Krisenbewältigung Mitte der siebziger Jahre hauptsächlich auf die Immigranten und auf die Frauen abgewälzt. In der Folge nehmen Prekarisierung und Ausgrenzung zu, was die Segmentierung und Fraktionierung der Gesellschaft verstärkt. Die Umsetzung dieser Strategien, bei denen es um eine Erhöhung der Arbeitsleistung, um die Senkung der Sozialleistungen und um die Disziplinierung der Lohnarbeit geht, ist nur verständlich vor dem Hintergrund zunehmender Unsicherheit und einer auch in Europa andauernden Massenarbeitslosigkeit. Die Massnahmen sind vielfältig: Senkung der Arbeitskosten durch Sparprogramme in den Unternehmen, Personalabbau, Sparpakete im öffentlichen Haushalt, Umbau der Steuersysteme zulasten von Konsumsteuern, Lohnrestriktion, eine Verlän-

gerung des Arbeitstages, die Privatisierung der öffentlichen Unternehmen und vor allem der Sozialversicherungen, Standortoptimierung sowie Massnahmen zur Erhöhung der Flexibilität der Produktion, der Beschleunigung der Umschlagszeiten des Kapitals und eine Ausschaltung demokratischer Einflussmöglichkeiten der Lohnabhängigen im Betrieb und in der Politik.

Das wichtigste Mittel zur Durchsetzung dieser Strategien sind die andauernden Restrukturierungen durch Reorganisationen, Fusionen, Privatisierungen, Pleiten, Betriebsabspaltungen. Dadurch entsteht die Möglichkeit, Besitzstände radikal in Frage zu stellen sowie Entlassungen aus Gründen der Profitsteigerung und eine Politik der Lohnrestriktion durchzusetzen. Dabei konzentriert sich die Entscheidungsmacht zunehmend beim Spitzenmanagement der multinationalen Konzerne, grosser Finanzinstitute und der Spitze des Staates, die immer stärker in Personalunion mit mächtigen Konzernen steht (Bush, Berlusconi). Wirtschaft und Gesellschaft werden aber nicht nur unsozialer, hierarchischer und ungerechter, sie werden auch instabiler durch die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Beseitigung von ökonomischen Stabilisatoren und von demokratischen Kontrollen. Durch die wachsende Instabilität bzw. Weltwirtschaftskrise können über Nacht Zehntausende von Lohnabhängigen in den Abgrund gerissen werden: in der Peripherie ganze Länder wie z.B. Argentinien oder Uruguay und bei uns Konzerne wie Swissair, Enron, Worldcom etc. Zudem begünstigt die systematische Beseitigung von Kontrollmöglichkeiten durch die neoliberalen Konzepte die massive Zunahme von Betrug, mafiösen Strukturen, Schattenwirtschaft und Korruption (vgl. Altwater/Mahnkopf 2002).

Dennoch hielten die Gewerkschaften und die Parteien der Arbeiterbewegung, die durch die anhaltende Massenarbeitslosigkeit in die Defensive gedrängt und aufgrund der fehlenden Mobilisierungskraft und Konfliktfähigkeit geschwächt wurden, an den konsensorientierten Strategien fest. Diese können zwar nicht mehr, weder im nationalen und schon gar nicht im globalen Rahmen, auf eine aktive Unterstützung der Mehrheit der Klasse der Lohnabhängigen zählen, da sich die Arbeitsbedingungen einer immer grösseren Zahl von Menschen durch Arbeitslosigkeit, Prekarisierung oder materielle Restriktionen verschlechtern. Aber eine Minderheit von ihnen hofft immer noch, unter den neuen Bedingungen der flexiblen Akkumulation mittelfristig zu den Gewinnern zu zählen. Dazu gehört das Substrat der „Neuen Mitte“, die professionellen Mittelschichten, auf die sich die Sozialdemokratie und die Grünen bei einer korporatistischen Ausrichtung mehr und mehr abstützen versuchen (Eberle/Schäppi 2001). Allerdings wird heute mit dem Zusammenbruch der New Economy und der dahinterstehenden regulierenden Mechanismen und Institutionen, der anhaltenden Akkumulationsschwäche der materiellen Wirtschaft und der enormen Wertvernichtung an den Börsen ein wichtiger Pfeiler des Bündnisses mit dieser Neuen Mitte brüchig. Deren Mitglieder sehen ihre Ersparnisse in Gefahr, die Zukunft für sich und für ihre Kinder zunehmend bedroht. Die moralische Glaubwürdigkeit ihrer Leitfiguren, der Unternehmer und Spitzenmanager, ist verspielt worden.

III. Neo-Imperialismus und Krise der professionellen Mittelschichten

Gegen Ende des 2. Weltkrieges konsolidierte sich ein internationales System von Beziehungen, in dessen Verlauf es den USA als hegemonialer Macht gelang, die traditionellen imperialistischen Mächte Europas auf den 2. Rang zu verweisen und in zunehmende Abhängigkeit zu bringen. Die gemeinsame Front gegen die Sowjetunion und gegen die aus einem nationalen Befreiungskampf hervorgegangenen Gesellschaften in der Dritten Welt wurde auf der Basis eines antikommunistischen Atlantismus entwickelt, der in den USA vorab unter demokratischen Regierungen besonders aggressive, sozialimperialistische Züge annahm (van der Pijl 2001). Begründet wurde der Atlantismus unter Roosevelt nach 1941, und er wurde danach durch den Marshallplan, die Kennedy-Offensive sowie den endgültigen Zusammenbruch der europäischen Kolonialreiche gefestigt. Auch in Europa waren gerade Sozialdemokraten im Gegensatz etwa zu konservativen Teilen des Bürgertums, wie etwa den Gaullisten, besonders eifrige Träger einer atlantischen und antikommunistischen Ausrichtung. Die Abstützung dieses Sozialimperialismus in der Bevölkerung beruhte in den Zentren auf den Arrangements des Wachstumspaktes und in den Ländern der Peripherie auf der Expansion eines parasitären Staatsapparates und der Entwicklung von Niederlassungen der fordistischen Industrie.

Bereits ab den sechziger Jahren erodierte der sozialimperialistisch gefärbte Atlantismus: Angesichts der zunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt vor dem Hintergrund der Überakkumulationskrise wurde, zuerst in den USA unter Nixon, der Multilateralismus durch einen Unilateralismus abgelöst: Die USA wählten vermehrt ein Vorgehen, ohne sich transatlantisch einen Konsens zu verschaffen. Dies wird z.B. 1971 deutlich bei der einseitigen Aufkündigung des Bretton-Woods-Abkommens durch die Regierung Nixon. Auch in Europa trat die EU-Integration in den Vordergrund – bis heute das herausragendste Beispiel einer regionalen Koordination, in der eine Vielfalt von Strukturen geschaffen worden ist, um die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen angesichts eines wachsenden Europa-internen Deregulierungswettbewerbs abzugleichen und in den verschärften weltweiten Konkurrenzkampf einzubringen. In den Ländern der Peripherie blockierte die Überakkumulationskrise die weitere Entwicklung einer industriellen Basis, und die Tendenzen zu einer eigenständigen Entwicklung wurden mit Brachialgewalt niedergeschlagen (z.B. der blutige Putsch in Chile vom 11. September 1973). Die zu Beginn der siebziger Jahre einsetzende Verschuldung der Dritten Welt schuf zudem die Voraussetzungen für die ab den achtziger Jahren durchgesetzten Strukturanpassungsprogramme und den immer drückender werdenden Schuldendienst. Neben den traditionellen imperialistischen Ausbeutungsstrukturen dieser Gesellschaften entstand eine zusätzliche Möglichkeit, um die billige und zuverlässige Versorgung der USA, Europas und Japans mit Rohstoffen, vor allem mit Erdöl zu sichern.

Im Rahmen der flexiblen Akkumulation werden zudem die industriellen Infrastrukturen der multinationalen Konzerne gerade in diesen Ländern ab

der Mitte der neunziger Jahre stark reduziert. Die Klassenbasis, welche die Bindung an die USA, Europa und Japan trägt, wird noch mehr ausgedünnt auf eine winzige Minderheit sehr reicher Grossgrundbesitzer, einer Finanzoligarchie und einer kleinen Mittelschicht, die vor allem um die noch intakten Niederlassungen der multinationalen Konzerne gruppiert ist. Diese schwindende Abstützung der flexiblen Akkumulation in der Peripherie führt zu zunehmenden Instabilitäten, welche man immer mehr durch militärische Interventionen zu kontrollieren versucht (Panitch 2000; Petras/Veltmeyer 2001). Dabei hat diese wachsende militaristische Eskalations-tendenz des Imperialismus seit dem 11. September 2001 mit dem Krieg gegen den Terror eine bedrohliche Dimension angenommen. In den Zentren hingegen bleiben gerade die privilegierten professionellen Mittelschichten an eine stabile Entwicklung des Mehrwerttransfers aus der Peripherie und an die Stärkung der multinationalen Konzerne und des militärisch-industriellen Komplexes gebunden, sei es durch ihre Arbeit in den entsprechenden Sektoren der Wirtschaft, sei es durch ihre direkte oder indirekte Beteiligung an entsprechenden Anlageformen. Dies ist ein wichtiger Grund, weshalb Exponenten der Grünen und der Sozialdemokratie, welche sich auf diese Schichten ausrichten, militärische Interventionen des Neo-Imperialismus unterstützen.

IV. Die EU: Einfallstor für den Flexibilisierungspakt

Der Ausbau des Staates im fordistischen Regime ging einher mit einer breiten Verankerung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im institutionellen Gefüge. In der Schweiz wurden sie zwar ins Regierungssystem integriert; sie blieben aber Juniorpartner und konnten trotz aller Anpassungsversuche im Rahmen der Regierungskonkordanz aus den entscheidenden politischen Positionen ferngehalten werden. Die Schweiz stellt insofern einen Sonderfall dar, als das orthodox-liberale Finanzkapital hier immer eine dominierende Rolle spielte und die reaktionären Teile des bürgerlichen Machtkartells trotz ihren Sympathien für den Nationalsozialismus und den italienischen Faschismus auch nach 1945 politisch keineswegs geschwächt wurden. Dies hinderte allerdings die Linksparteien und die Gewerkschaften nicht daran, sich mehr und mehr mit dem Staat zu identifizieren und diesen gleichsam als „neutralen“ Garanten von Wohlstand und Sozialrechten zu sehen. Und dies zum Teil bis heute, auch wenn seit den achtziger Jahren der Staat im Interesse des Finanzkapitals und der multinationalen Konzerne auch in der Schweiz vom fordistischen Wohlfahrtsstaat zum Standortstaat umgebaut worden ist, der für die Mehrheit der Bevölkerung keine gesicherten Fortschritte mehr garantiert, wie dies im Wachstumspakt im grossen und ganzen der Fall war. Die über den Staat vermittelte Solidaritätsidee ist im Zuge der Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, der Privatisierungen, des Umbaus der Steuersysteme und des Umbaus der Sozialversicherungen ausgehöhlt worden.

So wird heute der Staat von immer mehr Menschen wieder stärker als Repressions- und Steuerstaat wahrgenommen, womit die Parole der Neoliberalen „Weniger Staat, mehr Freiheit“ und rechtspopulistische Vorstösse zur Steuersenkung gerade auch bei Lohnabhängigen auf Resonanz stossen. Der bislang letzte verzweifelte Versuch, der Verdrängung aus dem Machtkartell der flexiblen Akkumulation zu entgehen, kann heute in der Anpassung der europäischen Sozialdemokratie an die im neoliberalen Modell angelegten autoritären und repressiven Tendenzen gesehen werden: Das Thema Sicherheit (vgl. Widerspruch 42) und eine restriktive Migrations- bzw. Einwanderungspolitik sind mittlerweile zu bevorzugten Themen der Mobilisierung geworden.

Heute werden in ganz Europa der Flexibilisierungspakt und neokorporatistische Strukturen wesentlich durch die europäische Integration geprägt. Die Staatsgläubigkeit und der Institutionalismus der Sozialdemokratie werden vom Nationalstaat auf die EU übertragen. Es gelang aber auch, die Gewerkschaften in verschiedenen europäischen Ländern in einen Flexibilisierungspakt einzubinden. So teilt z.B. der Europäische Gewerkschaftsbund die von der EU am Gipfel in Lissabon verabschiedete Zielsetzung, die europäische Wirtschaft zur konkurrenzfähigsten und innovativsten der ganzen Welt zu machen ebenso wie andere Zielsetzungen der Europäischen Kommission. Im „Sozialen Dialog“ werden gerade so viele Konzessionen gemacht, dass die Gewerkschaften nicht gezwungen sind, aus den Arrangements auszusteigen

Vieles davon trifft auch auf die Schweiz zu. Wohl am bekanntesten war der Versuch der SPS unter der Führung von Peter Bodenmann, mit der Frage des EU-Beitritts einen „Pakt der Vernunft“ mit dem sogenannten „fortschrittlichen Kapital“, repräsentiert durch Leute wie David De Pury, zu schmieden. Am deutlichsten wird diese Ausrichtung im Wirtschaftsprogramm von 1993, einem Entwurf für einen Modernisierungs- und Flexibilisierungspakt anhand der EU-Frage, wie er von uns bereits früher als modernisierter Nationalkorporatismus kritisiert wurde (Schäppi 1993). Neoliberale Projekte wie die Mehrwertsteuer, Liberalisierungen und Privatisierungen wurden in der Praxis mitgetragen – natürlich immer mit der Absicht, diese auf „intelligente“ Weise sozialverträglich auszugestalten.

Heute steht fest, dass diese Strategien die politische Linke in eine Sackgasse geführt haben. Während sich der Wachstumspakt der Hochkonjunktur bei allen Problemen materiell für breite Schichten der Lohnabhängigen ausbezahlt hat, profitiert beim Flexibilisierungspakt nur noch eine Minderheit – nebst den grossen Kapitaleigentümern und den Spitzenmanagern die meisten KMUs und die Lohnabhängigen aus der professionellen Mittelschicht. In der Steuerpolitik, bezüglich Flexibilisierungen und Privatisierungen oder beim Umbau der Sozialversicherungen mussten auf Kosten breiter Bevölkerungsschichten Zugeständnisse gemacht werden. Für die Schweiz kommt hinzu, dass die Mehrheit des bürgerlichen Machtkartells an einem auf einen EU-Beitritt ausgerichteten Pakt wenig Interesse hat. Wichtige Teile des Schweizer Kapitals, wie etwa die Banken und die

Chemie, sind im Globalisierungsprozess stärker auf die USA ausgerichtet und verstehen sich nicht als Euro-Konzerne. Die Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie (SGCI) hat sich so als erste nach der Aushandlung der Bilateralen Verträge gegen einen EU-Beitritt ausgesprochen. Wie die Finanzkonzerne waren und sind die Chemiekonzerne der Meinung, dass die neoliberale Restrukturierung der Schweiz vorläufig besser im Bündnis mit Blocher und Ebner in klarer Absage an alle korporatistischen Arrangements zu bewerkstelligen sei. So bleibt als einziger Effekt des „Pakts der Vernunft“ immer mehr die Abwanderung unzufriedener Lohnabhängiger nach rechts oder in die politische Abstinenz.

Die Einbindung von Sozialdemokratie, Grünen und Reformkommunisten in einen Flexibilisierungspakt führt überall, wo sie stattfindet, zu einem rapiden Verlust an politischen Inhalten. Die Reduktion von politischen Differenzen auf Personenfragen und „Köpfe“ im Einheitsdenken eröffnet nicht nur der nationalistischen Rechten gute Möglichkeiten, in populistischer Absicht „linke“ Postulate aufzugreifen, sie führt auch zu einer Aushöhlung der Demokratie. Die Einbindung in einen Flexibilisierungspakt beschleunigt so nicht nur die Krise der Linken, sondern verstärkt auch die im Regime der flexiblen Akkumulation ohnehin angelegte Entwicklung zur Scheindemokratie.

V. Neue politische Dynamik gegen den Flexibilisierungspakt

Im Regime der flexiblen Akkumulation nehmen die Probleme für die Mehrheit der Weltbevölkerung massiv zu, vor allem für die schwächeren Teile. Wachsende soziale Probleme und die Zunahme von Instabilitäten führen vielerorts zu Verunsicherung und Ängsten, wovon meist die politische Rechte profitiert, weil es zum kapitalistischen System angeblich keine Alternativen gibt. Es gibt aber heute nicht nur Zeichen der Resignation und der Verunsicherung, es gibt auch Zeichen für eine neue politische Dynamik und eine demokratische Alternative, welche Hoffnung macht. In den letzten Jahren hat ein breites Spektrum von Widerstandsbewegungen mit verschiedensten Lösungsansätzen stetig an Stärke und Mobilisierungskraft gewonnen. Diese umfassen z.B. die Zapatisten, die Bauernbewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien, eine Vielfalt von Bewegungen und Organisationen gegen die fortschreitende Umweltzerstörung und gegen die Privatisierung öffentlicher Güter. Diese Bewegungen sind weitgehend ausserhalb des institutionalisierten Teils der linken Parteien und Gewerkschaften entstanden. Im Gegenteil sitzen diese auf Grund ihrer Einbindung in den Flexibilisierungspakt oft auf der Anklagebank, wenn es um Fragen der Wirtschaftspolitik, der Ökologie oder des Antiimperialismus geht.

Kennzeichnend für die Antiglobalisierungsbewegung ist ihre Fähigkeit, Jugendliche und Frauen zu mobilisieren, und ihr offener und unbürokratischer Aufbau. Sicher ist diese Bewegung in ihrer Breite sehr heterogen. Es finden sich darin Organisationen und Engagierte aus den politischen Partei-

en oder auch aus kirchlichen Kreisen und aus NGOs, welche Illusionen über eine „Globalisierung mit menschlichem Antlitz“ hegen (Petras, 2001). Es überwiegen aber diejenigen Kräfte, welche begriffen haben, dass sich heute der Klassenkonflikt auf einer neuen internationalen Ebene stellt und dass das kapitalistische System und der Imperialismus grundsätzlich in Frage gestellt werden müssen. Sie setzen nicht auf den Staat, sondern wollen die Chance ergreifen, auf die neoliberalen Angriffe eine autonome Antwort zu entwickeln. Viele haben heute das abschreckende Beispiel der „Grünen“ vor Augen, welche als soziale Bewegung gerade um die Themen Antimilitarismus, Ökologie und Erweiterung der Demokratie begonnen haben und bald ins Machtkartell aufgestiegen sind, um militärische Interventionen zu rechtfertigen, und hinsichtlich des Schutzes der Umwelt oder des Ausbaus der demokratischen Rechte jedes Durchsetzungsvermögen verloren haben.

Es gibt heute aber auch Anzeichen einer Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung. In Frankreich gab es schon in den neunziger Jahren wichtige gewerkschaftliche Mobilisierungen gegen verschiedene neoliberale Reformen. In diesem Jahr fanden Generalstreiks in Italien und in Spanien statt. Und in der Gewerkschaftsbewegung Grossbritanniens wird der Widerstand gegen die von Blair angeführte New Labour immer stärker. Dort zeichnet sich eine Streikbewegung ab, wie sie seit ca. 25 Jahren nicht mehr gesehen wurde; ähnliches gilt übrigens für die USA. Aber auch in der Schweiz gibt es bei den Gewerkschaften zunehmend Versuche, aus den korporatistischen Mustern auszuscheren, wenn wir an die Kampagnen gegen Tieflöhne und für eine vorzeitige Pensionierung, an die Streiks in Wäschereien oder an die Bewegung im Gesundheitswesen denken.

VI. Sozialismus als erweiterte Demokratie

Die verschiedenen Kräfte, die seit den neunziger Jahren als neue politische Dynamik auftreten, drängen nach einer Lösung des Klassenkonfliktes, und zwar wird in einer neuartigen Breite und Tiefe nach den Möglichkeiten einer Überwindung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gesucht. Diese Grundfrage nach der demokratischen Entscheidung darüber, was, unter welchen Bedingungen, in welcher Qualität und in welcher Quantität, wo und wann produziert wird, wie das Produkt verteilt und der Mehrwert eingesetzt wird, verlangt nach praktischen Antworten, die nicht mit dem neokorporatistischen Einheitsdenken verträglich sind. Es ist das Problem der demokratischen Überwindung des Kapitalismus durch die Schaffung einer radikalen demokratischen Alternative. Ihre Ziele sind soziale Gerechtigkeit, eine radikale Demokratie und internationale Solidarität.

Die soziale Gerechtigkeit wird heute angestrebt, indem soziale Grundrechte durchgesetzt werden, wie existenzsichernde Einkommen und Renten, ein wirksamer Schutz der Gesundheit und Qualifizierungsmassnahmen für alle sowie ein Grundrecht auf Arbeit mit kürzeren und geregelten Arbeitszeiten und einer Umverteilung der Erwerbsarbeit und der Nichter-

werbsarbeit. Zu den sozialen Grundrechten gehört auch die radikale Beseitigung aller Diskriminierungen für Frauen und ImmigrantInnen.

Die Demokratisierung der Wirtschaft und Gesellschaft beginnt mit der Durchsetzung von Mechanismen der demokratischen Kontrolle der wirtschaftlichen Prozesse sowie dem Ausbau der gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte im Betrieb. Wichtig ist heute auch der konsequente Kampf gegen alle Privatisierungen und für einen Ausbau eines demokratisch ausgestalteten Service public. Die Auseinandersetzung um die Herrschaft im Betrieb und in der Gesellschaft hat im Regime der flexiblen Akkumulation eine neue Aktualität erlangt. Nur ein radikaldemokratisches Projekt eröffnet Lösungsperspektiven.

Das dritte Ziel heisst: Internationalismus statt Renationalisierung, internationale Solidarität statt Imperialismus – auch EU-Imperialismus. Oder, wie es in Porto Alegre hiess: Eine andere Welt ist möglich, wenn wir sie wollen (Schäppi/Sekinger 2002). Dazu gehört die Durchsetzung sozialer Grundrechte und Gewerkschaftsrechte weltweit. Notwendig sind auch Massnahmen, welche den Ländern der Peripherie eine autonome Entwicklung ermöglichen, wie Entschuldung, Technologie- und Bildungstransfer, Hilfe beim Aufbau einer Infrastruktur, Verzicht auf protektionistische Massnahmen gegenüber diesen Ländern und eine klare Kampfansage an die heutige neoliberale IWF- und WTO-Politik.

VII. Dialektik von Widerstand und Selbstorganisation

Die zu beobachtende neue politische Dynamik gegen das flexible Akkumulationsregime tritt in einer Phase des Kapitalismus auf, wo die Möglichkeiten zu materiellen Zugeständnissen an Teile der Widerstandsbewegung immer schwieriger werden. Gerade nach dem kurzen Boom der New Economy treten die Realitäten der anhaltenden Überakkumulation noch verstärkt hervor, die mittels Verschuldung, Börsenspekulation, Technologieschüben und der Schaffung von Billigjobs gerade in den 90er Jahren vor sich hergeschoben werden konnten. Damit wird auch die traditionelle Rolle der Sozialdemokratie, der Grünen und der Reformkommunisten schwieriger, die immer wieder entstehenden Protestbewegungen aufzufangen und Teile von ihnen in einem Pakt mit dem System zu neutralisieren.

Andererseits aber treten diese neuen Bewegungen vor allem in den besonders prekären Zonen des Systems auf, z.B. die Bauernbewegungen im Trikont, die mannigfachen Ansätze zur Selbstorganisation in den Gesellschaften, in denen sich die alltäglichen Lebensbedingungen in einer Abwärtsspirale befinden, wie z.B. in Argentinien, aber auch die Arbeitslosen, Obdachlosen und Papierlosen bei uns oder Lohnabhängige, die den wachsenden Zumutungen des flexiblen Akkumulationsregimes Widerstand entgegensetzen. Sie entwickeln sich sozusagen vom Rande des Systems her, ausserhalb der Zentren der kapitalistischen Herrschaft, der multinationalen Konzerne, der internationalen Institutionen.

Diese neue politische Dynamik muss organisatorisch gefestigt werden. Die verschiedensten Tendenzen müssen in ihren Erfahrungen des Kampfes im Widerstand und der Selbstorganisation bestärkt werden. Dabei werden in unserer Einschätzung Parteien eine wichtige Rolle spielen, allerdings nur solche eines neuen Typs: Die Beteiligung am bürgerlichen Staat, an den Institutionen ist dabei eine wichtige Ebene der Praxis; in erster Linie aber wären für die Ausrichtung und Orientierung solcher Parteien die AktivistInnen in den Bewegungen massgebend. Dies würde natürlich dem sozialdemokratischen Parteiverständnis widersprechen. In einer solchen Partei neuen Typs hätte die tägliche Debatte um die Perspektive des Widerstandes und der Selbstorganisation einen zentralen Platz im linken Zusammenhang.

Literatur

- Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit, 2002: Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, schmutziges Geld und informelle Politik. Münster
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2001: Politische Linke und Neue Mitte. Für eine Repolitisierung der Herrschafts- und Klassenfrage im Regime der flexiblen Akkumulation. In: Widerspruch 41, Zürich
- Holloway, John, 1995: The Abyss opens: The Rise and Fall of Keynesianism. In: Werner Bonefeld / John Holloway: Global Capital, National State and the Politics of Money. New York
- Panitch, Leo, 2000: The New Imperial State. New Left Review 2, March April, London
- Petras, James F. / Veltmeyer, Henry, 2001: Globalization Unmasked. Imperialism in the 21st Century. New York
- Schäppi, Hans, 1993: Gegen einen modernisierten National korporatismus. Kritik am Entwurf des SPS-Wirtschaftsprogrammes. Widerspruch Heft 26, Zürich
- Schäppi, Hans / Sekinger, Urs, 2002: Globale Gerechtigkeit – die Herausforderung für Gewerkschaften (Porto Alegre). Widerspruch Heft 42, Zürich
- Van der Pijl, Kees, 1984 : The Making of an Atlantic Ruling Class. London

UTOPIEKreativ	Heft 144
	Gerhard Zwerenz: Bloch lesen!
	Hegemonialpolitik der USA
	Kritische Vertreter sozialistischer Wirtschaftstheorie
	Berlin/Brandenburg – Fusion im zweiten Anlauf?
	Hans Peters – ein Berliner Politiker
<hr/>	
Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Redaktionsadresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin Telefon: 030/29 78 11 57; Telefax: 030/29 78 11 81 E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de Internet: www.utopiekreativ.de	
96 Seiten, Einzelverkaufspreis: 6 € Jahresabonnement incl. Versand: 57 € (Inland) 75 € (Ausland), Förderabonnement: 75 €	